

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 0 228 648 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann
MdL begründet die Ein-
richtung einer Arbeits-
gruppe zum Komplex
CSU-Stasi: Bayern im
Zwielicht.

Seite 1

Jochen Welt MdB ver-
langt verstärkte An-
strengungen im Ju-
gendbereich in den
neuen Bundesländern:
Richtungsweisende
Maßnahmen sind er-
forderlich.

Seite 2

Herbert Schnoor, NRW-
Innenminister, will die
Situation der Polizei in
NRW verbessern:
Sorge um den Nach-
wuchs.

Seite 3

Dr. Thilo Sarrazin,
Staatssekretär in
Rheinland-Pfalz, be-
wertet die Vorschläge
Bonns zur Abgabe
bundeseigener Liegen-
schaften an das Land.

Seite 4

46. Jahrgang / 145

1. August 1991

Bayern im Zwielicht

Untersuchungsausschuß zum Komplex "CSU-Stasi"

Von Karl-Heinz Hiersemann

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion hat am Montag (29. Juli) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die während der Sommerpause den Antrag zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Komplex "CSU-Stasi" vorbereiten soll. Der Arbeitsgruppe gehören neben mir die Abgeordneten Christa Harrer, Max von Heckel und Dr. Albert Schmid an.

Der Untersuchungsausschuß soll Aufklärung bringen, ob und inwieweit CSU-Politiker und Regierungsstellen in dubiose Geschäfte mit der DDR verwickelt waren und welche Informationen durch Kontakte mit dem ehemaligen Devisenbeschaffer und Stasi-Obersten Schalck-Golodkowski beim Ministerium für Staatssicherheit landeten.

Ich erinnere daran, daß 1980 der frühere SPD-Landtagsabgeordnete Fritz Cremer wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit für die DDR zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde - und dies, obwohl ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er von der Agententätigkeit des Mannes wußte, mit dem er sich mehrfach im Ausland getroffen hatte. Wenn man sich vorstellt, was ein bayerischer Oppositionspolitiker so an Staatsgeheimnissen erzählen konnte und das mit jenen Informationen vergleicht, die Strauß und seine Freunde in Gesprächen mit Schalck-Golodkowski weiterreichten, so wird erst richtig deutlich, wie hier mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wurde.

Was die Rolle von CSU-Chef Waigel und Ministerpräsident Streibl angeht, so sind sie durch ihre späteren Erklärungen, sie hätten wegen der Verquickung von Politik und Geschäften durch Strauß mit diesem seit Jahren Differenzen gehabt, keineswegs exculpirt. Im Gegenteil. Diese nachträglichen Äußerungen sind der Beweis dafür, daß sie über diese Geschäfte voll im Bilde waren, ohne etwas dagegen getan zu haben. Dadurch, daß sie Strauß aus Feigheit und/oder Opportunismus gewähren ließen, tragen sie - und wahrscheinlich noch eine Reihe anderer - schwere Verantwortung dafür, daß Bayern insgesamt wieder einmal ins Zwielicht geraten ist.

(-/1. August 1991/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Hemden/Druckerei
mit maximaler Qualität
Recycling-Papier



Richtungsweisende Maßnahmen sind erforderlich
Verstärkte Anstrengungen im Jugendbereich in den neuen Bundesländern vonnötigen

Von Jochen Welt MdB

Beängstigende Zahlen über rechtsextreme Aktivitäten aus den neuen Bundesländern werden inzwischen täglich veröffentlicht und diskutiert. Einig sind sich Politiker aller Parteien wohl darüber, daß diese Aktivitäten bestehen. Danach endet aber auch schon der Grad der Gemeinsamkeit! So ist Äußerungen von CDU-Politikern in den neuen Ländern zu entnehmen, daß das Problem des Rechtsextremismus ebenso wie auch in den alten Bundesländern vorhanden, aber von der Qualität her nicht gefährlich sei. Diese Haltung ist zumindest fahrlässig, verkennt sie völlig die verschiedenen historisch, gesellschaftlich und sozial gewachsenen Ursprünge von Rechtsradikalität.

Bedingt durch das Scheitern des allgegenwärtigen und lenkenden Staates, gekoppelt mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen wie der hohen Arbeitslosigkeit, fehlt immer mehr Jugendlichen eine akzeptable Lebensperspektive. Sie werden somit beeinflussbar für die Abhilfeversprechen, Sprüche und die sogenannten "einfachen Lösungen".

Es ist wohl nicht zu bestreiten, daß der Kern der Rechtsextremen in den neuen Bundesländern wenigstens so groß ist wie in der alten Bundesrepublik; Nachhilfeunterricht auch zum Beispiel aus Österreich wird großzügig angeboten. Man sollte sich mit diesem harten Kern der Unverbesserlichen bestimmt nicht abfinden, aber unsere besondere Aufmerksamkeit sollte primär den Jugendlichen gelten, die sich durch äußere Entwicklung in den neuen Bundesländern halt- und perspektivlos vorkommen. Bei ihnen sind neben den immer wieder angemahnten Aktivitäten im politischen und wirtschaftlichen Bereich (Ausbildungsplätze etc.) auch speziell im Bereich der Betreuung und Information rasche Maßnahmen notwendig. Hier sind besonders die in den Verbänden und Organisationen arbeitenden Menschen aufgerufen. Auch die Institutionen wie die Kirchen müssen ihre finanziellen und personellen Aktivitäten in diesem Bereich wesentlich erweitern.

In Ostdeutschland ist durch den Wegfall der staatlich verordneten Jugendpflege ein Vakuum entstanden. Gerade bei diesem Angebot sind Perspektiven geschaffen worden, die neue Wege beschreiten. Hierzu gehört die finanzielle Unterstützung zur freien Strafsozialarbeit ebenso wie die Reaktivierung der Jugendverbandsarbeit der Kirchen, Gewerkschaften und anderer Verbände. Die Gemeinden sind mit der Schaffung derartiger Voraussetzungen organisatorisch und finanziell überfordert! Richtungsweisende Maßnahmen müssen ebenso wie Aufklärungsarbeit über die wahren Beweggründe der Rechtsradikalen in Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern initiiert werden.

Notwendig ist dafür auch die Bereitstellung höherer Mittel im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit.

Ebenso notwendig ist die beschleunigte Ausbildung und Information der Polizei in den neuen Ländern, damit Berichte, wonach die Beamten entweder stillschweigende rechts-motivierte Übergriffe dulden oder sogar mit diesen Aktivitäten sympathisieren, bald der Vergangenheit angehören!

(-/1.8.1991/st/tr)

Sorge um den Nachwuchs

Mehr Bürgernähe, gerechtere Bezahlung und moderne Organisation für Polizei in Nordrhein-Westfalen

**Von Herbert Schnoor
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen**

Mit gerechterer Bezahlung, einer neuen Behördenorganisation und einer modernen technischen Ausstattung müssen die Zukunftsaufgaben der Polizei bewältigt werden. Mein Ziel ist ein Mehr an Innerer Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Dazu will ich die Polizeiarbeit effektiver und bürgernäher machen.

Besondere Bedeutung messe ich dabei der Neuorganisation der Kreispolizeibehörden bei. Schutz- und Kriminalpolizei sollten künftig enger miteinander verzahnt und Reibungsverluste durch Doppelarbeit möglichst vermieden werden. Dies ist auch das Ergebnis eines Berichts einer unabhängigen Arbeitsgruppe, der uns nach einem Jahr gründlicher Arbeit jetzt vorgelegt wurde.

Grundprinzipien der Neuorganisation, die 1992 in Kraft gesetzt werden soll, sind

- die stärkere Regionalisierung gerade der Kriminalitätsbekämpfung im Interesse größerer Bürgernähe,
- die Entlastung des vollzugspolizeilichen Dienstes von sogenannten Querschnittsfunktionen wie Verwaltung, Personal, Organisation, Aus- und Fortbildung sowie
- der Einsatz einer modernen Kommunikationstechnik.

Ich bin überzeugt davon, daß die 42.000 Polizeibeamten sich auf die kommenden Veränderungen innerhalb kurzer Zeit einstellen werden, vor allem dann, wenn die neue Organisationsstruktur durch den verstärkten Einsatz von Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik begleitet wird. Hierzu liegen Untersuchungen namhafter Beratungsunternehmen vor, die zu dem Ergebnis kommen, daß für die nächsten zehn Jahre ein Investitionsschub von mindestens 320 Millionen DM für Hard- und Software erforderlich ist.

Mindestens genau so wichtig wie die Innovation im organisatorischen und technischen Bereich sind aber auch die Motivation der Polizei und eine anforderungsgerechte Bezahlung. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Bericht der Unternehmensberatung Kienbaum über die "Funktionsbewertung" der Schutzpolizei, der mir Anfang des Monats vorgestellt wurde.

Es handelt sich hierbei um die erste wissenschaftliche Untersuchung dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland, bei der Kienbaum-Mitarbeiter insgesamt 478 Arbeitsplätze bei der Schutzpolizei "unter die Lupe" genommen haben.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß gerade die "operativen Funktionen der Polizei (...) im Verhältnis zu ähnlich belasteten und verantwortungsvollen Funktionen in öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft unterbewertet" seien. Es gebe daher bei der Polizei nur noch wenige Arbeitsplätze, die nicht dem gehobenen Dienst zuzuordnen seien. Bislang sind rund 85 Prozent der 35.000 Schutzpolizisten in NRW im mittleren Dienst tätig. Die Ergebnisse dieses Gutachtens, das ich vor zwei Jahren nicht zuletzt auch auf Wunsch des Innen- und des Haushaltsausschusses in Auftrag gegeben hatte, haben im übrigen nicht überrascht. Zwar sind die Einzelheiten und Schlussfolgerungen noch sorgfältig zu prüfen, aber schon die erste Durchsicht zeigt, daß wir Innenminister nunmehr eine gute sachliche Basis für die weitere Diskussion haben.

Die Schlussfolgerungen, die aus dem Gutachten zu ziehen sind, sind natürlich nicht von heute auf morgen in die Tat umzusetzen. Vergleichbare Änderungen bei der Kriminalpolizei habe n immerhin mehr als 15 Jahre gedauert.

Aber künftig wird niemand mehr der Frage nach der richtigen Bewertung schutzpolizeilicher

Arbeit ausweichen können, und dies ist im Interesse der Motivation aktiver Polizeibeamter richtig und zugleich wichtig für die Nachwuchswerbung.

Aber gerade die Nachwuchswerbung erfüllt mich mit großer Sorge: Ich beobachte nämlich seit einiger Zeit die Situation auf dem Lehrstellenmarkt und die immer größer werdende Konkurrenz um immer weniger Auszubildende. Mein Fazit: Wenn es nicht gelingt, die polizeiliche Arbeit besser zu honorieren, werden wir schon bald Probleme bei der Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs haben. Von einer Einstellung 'über den Durst', also über den Nachersatz hinaus brauchen wir dann bald gar nicht mehr zu sprechen.

(-/1. August 1991/st/fr)

Vorschläge aus dem Bonner Finanzministerium gehen nicht weit genug
Zur Abgabe bundeseigener Liegenschaften an Rheinland-Pfalz

Von Dr. Thilo Sarrazin
Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Finanzministerium

Die Vorschläge von Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel zur verbilligten Abgabe bundeseigener militärisch genutzter Liegenschaften sind leider völlig unzureichend und den Gegebenheiten in Rheinland-Pfalz nicht angemessen.

Ich begrüße es, daß der Bund sich in dieser Frage jetzt endlich bewegt und bereit ist, Ländern und Gemeinden entgegenzukommen. Insoweit sind die Vorschläge ein Schritt in die richtige Richtung.

Konkret hat Bonn vorgeschlagen, Preisabschläge von bis zu 50 Prozent zu gewähren, wenn die Liegenschaften Verwendung finden im sozialen Wohnungsbau und für Studentenwohnungen. Der gleiche Preisnachlaß gilt ebenso für Altersheime, Pflegeheime, Altenwohnungen sowie Bildungseinrichtungen und Werkstätten für geistig und körperlich Behinderte. Höhere Preisnachlässe bis zu 15 Prozent sind unter anderem vorgesehen für Sportstätten, Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen.

Für Rheinland-Pfalz gehen die Vorschläge zu den Preisabschlägen nicht weit genug, um die vielschichtigen Probleme, die dem Land durch den Truppenabzug entstehen, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Gebieten, zu meistern. Wir in Rheinland-Pfalz fordern vom Bund, die freiwerdenden Liegenschaften zu einem symbolischen Preis an uns abzugeben. Das auf dem Tisch liegende Angebot ist davon weit entfernt.

Im ländliche geprägten, strukturschwachen Raum ist es darüber hinaus erforderlich, auch Preisnachlässe für gewerblich/industriell genutzte Liegenschaften zu gewähren. Der ländliche Raum muß potentiellen Unternehmen mit attraktiven Grundstückspreisen züglg Ersatzarbeitsplätze anbieten können. Dazu hat der Bund, zumindest moralisch, eine Verpflichtung.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Vorschlag von Ministerpräsident Rudolf Scharping, freiwerdendes Militärgelände über einen Immobilienfonds zu vermarkten. Dieser Vorschlag muß von Bonn ernsthaft geprüft werden. Eine derartige Verwertungsgesellschaft bietet nämlich den Vorteil, Gemeinden und anderen Kaufinteressenten, insbesondere im strukturschwachen Raum, beim Kaufpreis entgegenzukommen.

(-/1. August 1991/rs/fr)
